

Antworten

Leser fragen, die Redaktion recherchiert



Trump, Putin und die EU: Wie geht es 2018 in der Außen- und Wirtschaftspolitik weiter? Der Wirtschaftsjurist Winfried Huck blickt im Orakel-Interview mit Hannah Schmitz (Foto) voraus – und mahnt die EU zu mehr Einigkeit und Mut. In den nächsten Tagen lesen Sie weitere Prognosen der Orakel-Experten.

„Europa muss selbstbewusster werden“

Orakel Der Wirtschaftsjurist Winfried Huck sieht im Rückzug der USA aus Handelsabkommen Chancen für die Europäische Union.

Braunschweig. Ein neu gewählter französischer Präsident will die EU reformieren, ein US-Präsident zieht sich immer weiter aus der politischen Verantwortung als Weltmacht zurück. Mit Winfried Huck, Professor für internationales und europäisches Wirtschaftsrecht an der Brunswick European Law School, spricht Hannah Schmitz über die Neuausrichtung der EU und ihre Probleme.

Die Regierungsbildung in Deutschland hakt massiv. Derzeit ist sie nur geschäftsführend tätig. Ist die Bundesrepublik so noch ein stabiler Partner in der EU?

Die deutschen Institutionen funktionieren nach wie vor hervorragend. Die Schwierigkeit, eine tragfähige Regierung zu bilden, darf den Blick auf die Wirklichkeit nicht verstellen. Eine Instabilität liegt meines Erachtens nicht vor und es wird sie auch in Zukunft nicht geben.

Der französische Präsident Emmanuel Macron zählt auf die Kanzlerin Angela Merkel, um die Europäische Union wieder zu einen und zu erneuern. Kann dieses Duo die Begeisterung für das Projekt Europäische Union neu entfachen?

Es gibt eine klare Linie von der Grundsatzrede Macrons im September über die Erneuerung der EU bis zu einer Leader-Agenda, die später der EU-Rat verabschiedet hat. In der Agenda geht es zum Beispiel um eine Vertiefung der Währungs-Union oder um eine gemeinsame Migrationspolitik. Sie zeigt, dass es einen gemeinsamen Willen gibt, die EU zu erneuern.

Während Macrons Stern aufgeht, sehe ich Merkels Stern im Sinkflug. Die jetzige wird Merkels letzte Legislaturperiode sein – wenn sie überhaupt bis zum Ende durchhält. Sie hat politisches Gewicht, aber eine Vision traue ich ihr nicht zu; eher dem österreichischen Kanzler Sebastian Kurz. Er und Macron sind beide jung und haben einen starken politischen Gestaltungswillen. Natürlich hat Österreich nicht so viel Gewicht wie Deutschland.

Trotz dieses Erneuerungswillens gibt es in der EU auch andere, nationalistische Kräfte. Am überraschendsten war wohl das Votum der Briten für den Brexit 2016. Premierministerin Theresa May und die EU ringen um den Austritt. Wird das überhaupt noch was – oder erleben wir einen Exit vom Brexit?

Der Brexit soll 2019 vollzogen sein – bis dahin muss stehen, was kaum möglich ist. Für einen Handelsvertrag dieser Größe berechnet man eigentlich eine Verhandlungsdauer von fünf Jahren. Es ist daher höchst unwahrscheinlich, dass die Frist eingehalten wird. Besonders, wenn man den bisherigen schleppenden Verhandlungsfortschritt beachtet. Allerdings gibt es auch kein Vorbild für solch eine Verhandlung. Ein Exit vom Brexit erscheint im Moment unrealistisch, aber die



Welchen Weg schlägt dieses Trio 2018 ein? Emmanuel Macron (links), Angela Merkel (Mitte) und Donald Trump unterhalten sich beim G-20-Gipfel im Juli 2017 in Hamburg.

Foto: John Macdougall/dpa

öffentliche Meinung kann sich auch noch wenden. Vor dem Referendum wurde die Bevölkerung belogen. Anstatt zu profitieren, werden viele unter den Folgen des Brexits leiden. Eine Studie zeigt, dass alleine der Export von Rindfleisch nach einem harten Brexit um 90 Prozent zurückgehen würde – das betrifft tausende Arbeitsplätze.

Unser Leser Eckart Sander fragt: Was bringt Europa? Die EU durfte in dieser Form – mit wenigen starken und vielen schwachen Ländern – nicht aufgebaut werden. Die Steuerzahler mussten für Fehlentwicklung und Korruption bezahlen. Ein „Weiter so“ mit England, Frankreich, Italien, Griechenland und Spanien ist finanziell und wirtschaftlich ein Desaster.

Mit den Römischen Verträgen vor genau 60 Jahren – 1957 – wurden dauerhaft Frieden und Sicherheit zwischen den Mitgliedstaaten geschaffen. Die stabilisierende Rolle der EU bei der Umwandlung Europas von einem Kontinent der Kriege zu einem Kontinent des Friedens war der Grund für die Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU 2012. Europa ist die Antwort der Vernunft auf die verheerende Geschichte von Krieg und Frieden. Das ist die wirklich großartige Leistung der Europäischen Union.

Gerade die Verbindung der EU zwischen schwachen und starken Ländern liefert ein Fundament für eine wechselseitige Solidarität, die sich in zahlreichen Fragen erproben muss, was nicht immer sofort gelingt. Deutschland hat durch den gemeinsamen Binnenmarkt der EU mit seinen Marktfreiheiten enorme Vorteile, die durch die europäische Währung

erheblich verstärkt werden. Auch das ist ein Teil der Wahrheit.

Die gesamte EU steht immer noch vor der großen Frage, wie sie mit den Flüchtlingsströmen umgehen kann. Welche Rollen werden dabei künftig afrikanische Länder spielen?

Es gibt die Plattitüde: „Fluchtursachen bekämpfen“. Offenbar geht die EU das jetzt an: Allein die Tatsache, dass es einen Gipfel zwischen der EU und Afrika im Dezember gegeben hat, zeigt das. Die Union hat erkannt, dass die Flüchtlingsströme nur verhindert werden können, wenn die historisch bedingte Ungleichheit beseitigt wird. Vieles ist aber nur ein Tropfen auf dem heißen Stein, etwa, wenn nun ausländische Hilfsorganisationen in die libysche Flüchtlingslager dürfen. Diese Camps sind fest in der Hand organisierter Kriminalität. Die Subsahara ist das ärmste Gebiet der Welt mit einem zugleich hohen Geburtenanstieg. Dort, wo also eh schon ein hoher Migrationsdruck besteht, findet das größte Bevölkerungswachstum statt. Fluchtprobleme werden uns noch lange beschäftigen.

Afrikanische Flüchtlinge, die nicht vor Krieg und Leid fliehen, sondern bessere Lebensbedingungen suchen, sollen direkt aus Libyen wieder in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt werden. Die EU hält sich damit auch den Anblick des Elends vom Leib – sinkende Flüchtlingsboote und übervolle Flüchtlingscamps. Das Abkommen mit der Türkei hat ebenfalls dazu beigetragen, dass weniger Flüchtlinge ankommen. Ist die Union nur stabil, wenn wir uns die Flüchtlinge vom Hals halten?

Man kann schon sagen, dass sich die EU durch den Vertrag mit der Türkei und den Bestrebungen in Libyen Ruhe und innenpolitische Sicherheit erkaufte.

Zu den innereuropäischen Problemen: In Südeuropa grassiert die Jugend Arbeitslosigkeit. In Griechenland lag sie etwa im Oktober 2017 laut dem Statistik-Portal statista.de bei über 40 Prozent, in Spanien und Italien bei bis zu 38 Prozent. Woran liegt das und vor allem: Kann die EU dagegen steuern?

Es gibt dafür mehr nationale als europäische Ursachen. In Italien etwa sind es zu hohe Staatsausgaben, faule Kredite bei den Banken, Korruption und die organisierte Kriminalität. Hinzu kommt dann noch die Austeritätspolitik der EU. Die schwache Wirtschaftsleistung trifft vor allem junge Leute, die zunehmend im Prekariat leben. Strenge Auflagen bei der Kreditvergabe führen zu geringer Investition und Produktivität. Dadurch verringert sich die Nachfrage.

Die Arbeitslosigkeit der jungen Menschen hat gravierende Folgen für den Wohlstand dieser Länder. Hoch qualifizierte junge Menschen ziehen weg. Die Folge ist, dass sich die Gesellschaften dort verändern werden. Denn zugleich kommen auch viele nicht ausgebildete Afrikaner nach Südeuropa. Damit vergrößert sich die Heerschar von Menschen, die keinen Job hat. Politisch gesehen fördert diese Entwicklung das rechte Lager.

Das spanische Katalonien, eine wirtschaftlich starke Region, will sich vom Rest des Landes abspalten. Welche wirtschaftlichen Folgen hätte eine Unabhängigkeit?

ZUR PERSON



Winfried Huck ist Professor für internationales und europäisches Wirtschaftsrecht an der Brunswick European Law School der Ostfalia-Hochschule und am Chinesisch-Deutschen Hochschulkolleg der Tongji-Universität in Shanghai. Er ist unter anderem Mitglied in der International Law Association und der European Society for International Law.

Nach dem Studium in Bonn arbeitete er zunächst als Anwalt und war als Referatsleiter für rechtliche Grundsatzangelegenheiten des nuklearen Brennstoffkreislaufs im Bundesamt für Strahlenschutz tätig, bis er 1997 an die Ostfalia berufen wurde.

Archivfoto: Kleinschmidt

dabei, eine Fülle von neuen Abkommen zu schließen.

Sie muss sich durch den Rückzug der USA deutlicher bewegen und vertritt offensiver eigene Interessen. Das ist für die EU kein Nachteil, sie muss aber selbstbewusster werden.

Russland wird ein großer Einfluss auf die US-Wahl zugeschrieben. Welche Interessen verfolgt Putin in Hinblick auf den Westen?

Die Ermittlungen dazu dauern noch an, es gibt allerdings starke Hinweise auf eine Einflussnahme. Fakt ist, dass Russland Interesse daran hat, die Handlungsfähigkeit des Westens und damit auch der EU zu stören und bestimmte politische Entwicklungen zu fördern. Zunehmend kommen Trolls und Bots aus Russland, deren Meinungsmache im Internet sich zu einer allgemeinen Meinung verdichten können. Das ist eine subtile Beeinflussung, ein Bestandteil psychologischer Kriegsführung.

Unsere Leser Gerald und Britta Eichmann fragen: Welchen Einfluss hat die Kaperung des Nordpolarmeeres durch die Russen auf Deutschland und Europa? Kommt es zu einer Eskalation vergleichbar zur Ukraine?

Das sehe ich zurzeit nicht. Eine Eskalation ist nicht zu erwarten. Schon gar nicht in der Dimension des Ukraine-Konfliktes, der in seiner Form einzigartig ist. Dort wurde fremdes Staatsgebiet einfach annektiert. In einen Grenzkonflikt etwa zwischen Dänemark und Russland – beides Anrainerstaaten des Meeres – wäre zudem automatisch die Nato involviert. Aber natürlich gibt es im Nordpolarmeer Interessen.

Das Auftauen der Eismeeere kann zu neuen Handelsrouten, Ausbeutung von Bodenschätzen und anderen Küstenverläufen führen. Russland hat zum Beispiel inzwischen eine Flotte von 40 Eisbrechern aufgebaut. Mit einem Eisbrecher hat Russland zum ersten Mal eine Durchfahrt bis nach Asien geschafft. Das Nordpolarmeer ist aber kein außerrechtlicher Raum, es gelten dort Seerechtsabkommen mit den fünf Anrainerstaaten Norwegen, Dänemark, Russland, USA sowie Kanada.

China öffnete zuletzt für Ausländer seinen Finanzmarkt. Zugleich klagen Unternehmer über zunehmende Einflussnahme in ihren Geschäften durch die kommunistische Partei. Wie geht es dort weiter?

Das ist ein ernstzunehmendes Problem. In China gibt es gerade eine Wiederentdeckung kommunistischer Werte, die mit staatspolitischer Raison unterlegt werden. Bisher bot dieser kommunistische Staat kurioserweise ein sehr wirtschaftsliberales Umfeld. Die Frage ist, ob die Unternehmen dort bleiben oder woanders hingehen. Eine Einflussnahme in Geschäftsentscheidungen ist für Unternehmen natürlich das Worst-Case-Szenario.

Der US-Präsident Donald Trump setzt auf eine protektionistische Handelspolitik. 2017 drohte er etwa mit Strafzöllen auf Stahlprodukte. Welche Folgen hat diese Politik für Europa und seinen Handel?

Die handelspolitische Weltordnung hat sich durch Trump verändert und wird sich auch noch weiter ändern. Trump lehnt multilaterale Abkommen ab und sucht den Vorteil in bilateralen Beziehungen. Ein Abkommen ist für ihn nur gut, wenn es für Amerika gut ist.

Trump verfolgt das TPP-Abkommen nicht weiter, das sein Vorgänger Barack Obama mit den Pazifik-Anrainer-Staaten geplant hatte. Der Einfluss Chinas auf den Handel sollte damit begrenzt werden. Die EU hat nun unter anderem mit JEFTA ein Abkommen mit Japan abgeschlossen, das Reste des TPP-Abkommens aufammelt. Und die EU ist weiter